

Chronik von 1946 bis 1951

Vertreibung der Deutschen
aus Ost-Mitteleuropa,
Hungertod nach dem Zweiten Weltkrieg,
Demontagen und Reparationen,
Entnazifizierung und Umerziehung,
Unerwünschte Vertriebene,
Schwarzmarktzeit,
Marshall-Plan,
Währungsreform 1948,
Gründung der BRD und DDR,
Koreakrieg 1950-1953 ...

Band 7/003

Chronik vom 20. Januar 1946 bis zum 14. Februar 1946

20.01.1946

Berlin: Die Studenten der Universität Berlin geloben am 20. Januar 1945 (x111/127): >>Dir, deutsches Volk, geloben wir, daß unsere Arbeit und unser Wissen nur noch deinem Wohle und dem der Menschheit dienen soll. All unsere Kraft für ein ernstes Studium und ein neues demokratisches Deutschland! ...<<

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 20. Januar 1946 aus München (x124/103): >>Unsere zugelassenen Parteien haben sich mit einer Bittschrift an den Alliierten Kontrollrat in Berlin gewandt, in dem sie feststellen, daß das Land ein Eldorado der Verbrecher aller Nationen geworden ist und die Bevölkerung noch nie so viel Übergriffe und Gesetzlosigkeiten erdulden mußte. ...

Die Amerikaner genehmigten unserer Polizei vor einigen Tagen Waffen, verklausulierten deren Gebrauch aber derart, daß schwer zu entscheiden ist, ob er der Polizei zum Vor- oder Nachteil gereicht.

Der Kontrollrat hat angeordnet, daß die deutschen Behörden die Devise "Keine Arbeit, kein Essen" hart und genau durchzuführen haben, indem fortan die Zuteilung der Lebensmittelmarken von der Arbeitsbescheinigung abhängig gemacht wird. ...<<

22.01.1946

WBZ: Pastor Martin Niemöller erklärt am 22. Januar 1946 in Erlangen (x116/18): >>... Sind denn die anderen nicht auch schuldig?

Gewiß sind sie es, gar keine Frage! Aber - bei uns ist die Krankheit ausgebrochen und am schlimmsten in Erscheinung getreten. Ein Christ hat nie Anlaß, auf die Sünden der anderen zu sehen, er sollte erst einmal seine eigenen sehen!

Wir dürfen es Gott überlassen, was aus den anderen wird. Aber wir dürfen nicht bei diesem Schuldbekenntnis, das wir ausgesprochen (haben), auf das Schuldbekenntnis der anderen warten, so kann es nicht gehen! Denn dann geht es los mit dem Hin- und Herschieben der Schuld, mit dem gegenseitigen Ausrechnen, wer der letztlich Schuldige sei, und wir sind froh, wenn wir schließlich im Teufel einen gefunden haben, auf den wir alles abwälzen können.<<

23.01.1946

SBZ: Der Suchdienst des Arbeitsamtes Gera schreibt am 23. Januar 1946 (x170/192): >>Sehr geehrte Frau M.

Auf Ihre Anfrage vom 21.12.1945 müssen wir Ihnen die schmerzliche Mitteilung machen, daß Ihr Mann, der Stabsintendant Karl M., am 26.4.1945 im Geraer Teillazarett Umtermhäuser-schule gestorben ist. Wir konnten Ihnen diese Nachricht nicht eher mitteilen, da Ihre Adresse nicht bekannt war.

Ihr Mann wurde am 10.3.1945 von der Krankensammelstelle Gera mit einer Verwundung durch Weichteilstecksplitter oberhalb des linken Knies und mit Rippenfellvereiterung in das Teillazarett Umtermhäuser-schule eingewiesen. Beste ärztliche Versorgung und Pflege konnten ihn nicht am Leben erhalten. Er hat seine letzte Ruhestätte auf dem Ostfriedhof in Gera in Abt. X, Nr. 220 gefunden.

Wir senden Ihnen als Anlage das Soldbuch und die Erkennungs-marke und sprechen Ihnen zu diesem schweren Verlust die aufrichtige Anteilnahme aus. ...<<

24.01.1946

Schweden: Im Hafen von Trelleborg trifft am 24. Januar 1946 ein sowjetisches Schiff ein, um die letzten deutschen Kriegsgefangenen abzuholen, die noch wegen Selbstverstümmelung oder Erkrankung in schwedischen Krankenhäusern liegen (x130/198).

25.01.1946

WBZ: Sämtliche deutschen SPD- und CDU-Politiker (Oberpräsidenten und Chefs der Län-derregierungen in der britischen Zone), außer dem parteilosen Hamburger Bürgermeister, stimmen am 25. Januar 1946 in Oldenburg gegen die Bildung von landsmannschaftlichen Flüchtlingsverbänden (x024/214): >>Die Bildung von landsmannschaftlichen Verbänden für Flüchtlinge, sowie von jeder anderen Vereinigung von Flüchtlingen, sollte für die ganze britische Zone nicht gestattet werden. ...<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das Verbot von landsmannschaftlichen Vertriebenenverbänden (x024/-214-215): >>... Mit dem Koalitionsverbot, daß die Besatzungsmächte bald darauf aussprachen, konnten sie somit zwei Seiten gefallen; einmal den deutschen Politikern, die im Fall der britischen Zone selbst darum gebeten hatten, und den osteuropäischen Vertreiberstaaten, weil diese sich durch die Bildung von Vertriebenenvereinigungen hätten provoziert fühlen können. Den Vertriebenen wurde hier von seiten der Briten und Amerikaner jedenfalls erneutes Unrecht zugefügt.

Die Haltung der deutschen Politik zeigt die wohl allgemeine verbreitete Meinung, man könne sich die Schwierigkeiten vom Hals schaffen, wenn man nur den Betroffenen weder Möglichkeit zur Artikulation noch Macht zum Widerstand (Stärke durch Vereinigung) gäbe. Auch wenn dies nie ... offiziell geäußert wurde, lag doch gerade im Verbot von Vertriebenen-Vereinigungen der bequemste Weg, Konfrontationen und somit möglichen Konsequenzen auszuweichen.<<

Alle Münchener Filmtheater müssen am 25. Januar 1946 den Film "Die Todesmühlen" (US-Dokumentarfilm über die von den Nationalsozialisten in den Konzentrationslagern begangenen Verbrechen) zeigen.

Am 25. Januar 1946 trifft der erste Vertriebenentransport aus Budweis im Grenzübergangslager Furth im Wald ein. Bis zum 24. Februar werden täglich 4 Züge mit 4.800 Personen abgefertigt. In den einzelnen Bezirken werden meistens schon bestehende Konzentrations- oder Internierungslager als Sammelstellen für die Auszuweisenden eingerichtet. Trotz der getroffenen Vereinbarungen werden viele arbeitsfähige Familienmitglieder in der Tschechoslowakei zurückgehalten. Bei fast jedem Vertriebenentransport ist festzustellen, daß die abtransportierten Familien auseinandergerissen und die arbeitsfähigen Männer in der Tschechoslowakei zurückgehalten werden (x004/120).

Schweden: Im Hafen von Trelleborg beobachten am 25. Januar 1946 viele Schweden den Abtransport der deutschen und lettischen Kriegsgefangenen. Einige Kranke werden auf Bah-

ren an Bord des sowjetischen Schiffes gebracht. Ein lettischer Offizier ersticht sich noch vor der Gangway (x130/198).

26.01.1946

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat beschließt am 26. Januar 1946 die Einführung der 6-Tage- bzw. 48-Stunden-Arbeitswoche.

27.01.1946

WBZ: David Ben Gurion (Präsident der zionistischen Arbeitergewerkschaften) fordert am 27. Januar 1946 in München die Rückgabe Palästinas (Kanaan, das "gelobte Land"), um einen selbständigen jüdischen Staat zu gründen.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über die geschichtliche Entwicklung Palästinas (x192/458): >>... Nirgendwo ... hinterließen die europäischen Mächte ein chaotischeres Erbe als im Nahen Osten. Nach dem Weltkrieg kämpften nationalistische Bewegungen, viele mit engen Beziehungen zur Sowjetunion, um die Unabhängigkeit von der westlichen Vorherrschaft. Die erste, die Erfolg hatte, war nicht arabisch, sondern jüdisch.

Im Laufe der zwanziger und dreißiger Jahre waren jüdische Siedler in großer Zahl nach Palästina gekommen, in der Hoffnung auf eine neue Heimat, die ihnen die Briten versprochen hatten. Nach dem Krieg kamen Millionen weitere Einwanderer, darunter auch viele Überlebende des Holocaust.

Großbritannien, das um seine gute Beziehungen zu den Arabern fürchtete, suchte Ausflüchte, um einen Judenstaat zu verhindern und provozierte damit jüdische Gruppen zu einer Welle antibritischer Terrorakte. Unfähig eine Lösung zu finden, zogen sich die Briten 1948 schließlich zurück. ...<<

28.01.1946

SBZ: Der Zahnarzt Dr. B. berichtet am 28. Januar 1946 aus dem Eichsfeld in Thüringen (x124/107): >>... Es ist schauerhaft kalt. Wir haben 13° im Haus. Für die Praxis bekommen wir Braunkohlenbriketts. Sie verbreiten eine gelinde Wärme und viel Ruß. Lieber Braunkohle als gar nichts.

Abends hocken wir mit Decken auf den Knien um den lauen Ofen ... Schlimm ist es, wenn der Strom ausfällt und wir im Finstern sitzen müssen.

In der Praxis stört es mich weniger, denn dann können wir aufhören. ... Es gibt keinen Kautschuk, kein Paladon und keine künstlichen Zähne mehr. ...<<

30.01.1946

WBZ: Die katholischen Bischöfe kritisieren am 30. Januar 1946 die unmenschliche Massenausreibung der Deutschen (x025/122): >>Die Austreibung ist mit furchtbarer Brutalität, unter Nichtachtung aller Menschlichkeit erfolgt. ...

Wir wissen, daß ... Deutsche furchtbare Verbrechen an den Angehörigen anderer Nationen begangen haben. Aber seit wann ist es erlaubt, an Unschuldigen sich zu rächen und Verbrechen durch Verbrechen zu sühnen?

Man soll die wirklich Schuldigen unerbittlich zur Rechenschaft ziehen. Aber wer will das Massensterben von Kindern, Müttern, alten Leuten verantworten? ...<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11 - 2005 über die Predigt des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, vom 30. Januar 1946 (x853/...): >>... Im Übrigen fand Bischof Clemens August damals auch ein warmes Wort des Dankes an die deutschen Soldaten für ihren selbstlosen Lebenseinsatz und versicherte in einer eigenen "Kanzelverkündigung" vom 30. Januar 1946 "die mehr als 10 Millionen Ostdeutschen, deren Vorfahren größtenteils schon vor sieben- bis achthundert Jahren ist ostdeutschen Raum gesiedelt und den Boden urbar gemacht haben", seiner Anteilnahme an ihrem "entsetzlichen Schicksal".

Und wie er in Teltge (1. Juli 1945) das gesamte deutsche Volk gegen den Pauschalvorwurf der Kollektivschuld in Schutz genommen hatte, appellierte Graf Galen in dieser Verlautbarung an die Weltöffentlichkeit, die Augen nicht vor der "brutalen Austreibung" seiner ostdeutschen Landsleute zu verschließen, damit verhütet wird, "daß aufs neue Macht vor Recht gehe und eine Saat des Hasses ausgestreut werde". ...<<

Der EKD-Rat protestiert am 30. Januar 1946 ebenfalls gegen die brutalen Vertreibungsmethoden (x111/130): >>... Zu Tode erschöpft, halb verhungert und unterwegs bis aufs Letzte ausgeraubt, kommen die unglücklichen Opfer der Ausweisungen in Deutschland an und finden hier oft genug nirgends ein menschenwürdiges Unterkommen.<<

Die britische Militärregierung erteilt den Lehrern in Westfalen am 30. Januar 1946 Ratschläge, wie man auch ohne Schulbücher unterrichten kann (x117/85): >>Ein einfallreicher Lehrer (sollte) durchaus imstande sein, ... Lesen ohne Lehrbuch zu lehren. ...

Um dies durchzuführen, könnte ein Lehrer auf eigene Verantwortung Stoff aus einem Buch wiedergeben oder sich selbst Stoff zusammenstellen und diesen so verwenden, wie er es ... für geeignet hält, vorausgesetzt, daß dieser Stoff nicht im Widerspruch mit den Befehlen der Militärregierung steht. ...<<

Großbritannien: Lord Jowitt, Lordkanzler des britischen Oberhauses, beantwortet am 30. Januar 1946 eine Anfrage des Bischofs von Chichester, warum immer noch keine geregelte und humane Übersiedlung der Deutschen erfolgt (x028/137): >>... Es gibt keinen internationalen Mechanismus für die Umsiedlung und die Kontrolle ihrer Durchführung.

Die Maßnahmen sollen unmittelbar zwischen der Regierung der ausweisenden Staaten und den Behörden der jeweiligen Zone in Deutschland abgesprochen werden, in die man die Einwanderer schickt.<<

31.01.1946

SBZ: Die mitteldeutschen Kranken- und Sozialversicherungskassen werden am 31. Januar 1946 verstaatlicht und zentralisiert.

Berlin: 170 Berliner Kinos sind am 31. Januar 1946 bereits wieder geöffnet.

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 31. Januar 1946 aus München (x124/111): >>Die ... Militärregierung ... hat die Zuteilung der neuen Lebensmittelkarten vom Nachweis abhängig gemacht, daß jeder Erwachsene den Film "Todesmühlen" über die Konzentrationslager gesehen hat. Nur Bettlägerige sind vom Kinobesuch auf ärztliches Attest hin befreit. ...<<

Das französische Oberkommando berichtet Ende Januar 1946 über die politische und wirtschaftliche Entwicklung in ihrer Besatzungszone (x114/3.140): >>Die milden Jahrestemperaturen haben die schlimmsten Ängste der deutschen Bevölkerung verfliegen lassen. Sie ist völlig auf das materielle Leben fixiert und fürchtet sich davor, den ersten Besatzungswinter in zerstörten Städten zu verbringen, ohne beheizte Räume, mit kritischer Lebensmittelversorgung inmitten ausländischer Soldaten. Die Konfrontation mit Armut und Elend erschien den Deutschen unerträglich. In ihrer tiefen Apathie dachten sie mehr an das Essen am nächsten Tag als an die Zukunft Deutschlands.

Da sie bisher keine Hungersnot und Kälte auszustehen hatten, ist es in der Zone ruhig geblieben. Dennoch machte der Deutsche seine ersten schmerzhaften Erfahrungen durch. Er kennt nun das Schicksal, das seine ehemaligen Politiker und Armeen Europa fünf Jahre lang zumuteten. Aber das Nichtwissen und das mangelnde Schuldgefühl der Masse erleichtern ihm nicht, die heutigen Prüfungen anzunehmen.

Trotz allem weiß er, daß fremde Hilfe nötig ist. Daher neigt er dazu, die Besatzungsmacht danach zu beurteilen, was sie ihm bringt.<<

Michael Sommer berichtet später im "Forum für Kultur und Politik" (Heft 13) über das Schicksal der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in der französischen Besatzungszone

(x153/51-54): >>... Die Flüchtlingspolitik in der französischen Besatzungszone gehörte in der Periode zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland – wie alle anderen Politikfelder auch – zu den Reservatrechten der Siegermacht. Die französische Regierung wie die von ihr abhängige Baden-Badener Militärregierung waren in diesem Zeitraum bestrebt, die Flüchtlingspolitik den allgemeinen Zielen der französischen Außenpolitik der Nachkriegszeit unterzuordnen und für diese nutzbar zu machen.

Die Frage, ob und unter welchen Bedingungen Flüchtlinge in der französisch besetzten Zone aufgenommen werden sollte, hing daher entscheidend von den in Paris angestellten Überlegungen zum Problem der nationalen Sicherheit bzw. zur Organisation der europäischen Nachkriegsordnung ab. Daneben waren ökonomische Beweggründe von ausschlaggebender Bedeutung, da Frankreich den durch die Kriegseinwirkungen verursachten Status minus unter den europäischen Mächten abwerfen und sich wieder in den Stand einer europäischen Großmacht versetzen wollte. Zu diesem Zweck wurde auch die französische Flüchtlingspolitik instrumentalisiert.

Grundlegende Maxime der französischen Politik war dabei die Absicht, jede von der Vertreibung der Deutschen aus Mittel- und Südosteuropa herrührende Belastung der französisch besetzten Zone zu vermeiden. Zur Rechtfertigung der Abwehr aller von den Alliierten vorgebrachten Ansprüche auf eine gleichmäßige Verteilung der zuzugsbedingten Lasten in den Besatzungszonen verwies Frankreich (zu Recht) darauf, daß es von den Beratungen und Entschlüssen der Potsdamer Konferenz ausgeschlossen gewesen war. Die französische Regierung erklärte sich daher für frei von jeder im Zusammenhang mit den dort gefaßten Beschlüssen abgeleiteten Verantwortung für die vertriebene deutsche Bevölkerung.

Insbesondere wandte sich die französische Mission beim Berliner Kontrollrat zum Schutz vor einer weiteren Westverschiebung deutscher Bevölkerungsteile gegen die nicht von den Potsdamer Beschlüssen gedeckten Vertreibungen in Jugoslawien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Vergeblich bemühte sich die französische Delegation auf diplomatischem Wege um die Einstellung der von der Sowjetunion geduldeten bzw. geförderten Vertreibungsmaßnahmen in diesen Ländern.

Humanitäre Erwägungen spielten aus französischer Sicht bei den Versuchen zur Begrenzung des Vertreibungsvorgangs keine Rolle! Entscheidend war allein die Rückbindung an die übergeordneten Ziele der französischen Außenpolitik. In Paris, Berlin und Baden-Baden befürchteten die für die Bevölkerungspolitik zuständigen französischen Dienststellen bei der Aufnahme einer größeren Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen in der vor allem im Norden rückständigen Besatzungszone eine dramatische Verschärfung des ohnehin bedrohlichen Ernährungszustandes. Die Furcht vor einer durch eine Hungersnot provozierte Radikalisierung der Vertriebenen und möglicherweise auch der einheimischen Bevölkerung bestärkte die Militärregierung in ihrer Abwehrhaltung.

Aber auch die von den Kontrolloffizieren entworfenen längerfristigen Szenarien für eine vermehrte Aufnahme von Flüchtlingen ließen es in Verfolgung der französischen Sicherheitsinteressen nicht angeraten erscheinen, die Abschottung der Zonen aufzugeben. Wiederholt kam bei den Überlegungen zu den mutmaßlichen Folgen einer dauerhaften Eingliederung der Vertriebenen die Furcht auf, eine damit zwangsläufig verbundene Reindustrialisierung Deutschlands würde dessen Kriegsführungsfähigkeit wieder herstellen und so die Gefahr eines Revanchekrieges heraufbeschwören. ...

Die Abschottung der Zone bewirkte zunächst, daß eine erhöhte deutsche Bevölkerungskonzentration in der Grenzregion westlich des Rheins vermieden wurde.

Die geschah u.a. mit Blick auf die beabsichtigte Abtrennung des Saarlands von Deutschland, einer Internationalisierung des Ruhr-Kohle-Bergbaus und der dauerhaften Eingliederung Elsaß-Lothringens in den französischen Staatskörper. Keines dieser Ziele sollte durch die Exi-

stanz mutmaßlich "irredentistisch" gesonnener, "national" eingestellter und in ihrem politischen Bewußtsein "reichstreu" geprägter, "preußisch" und vornehmlich protestantisch orientierter deutscher Bevölkerungsteile aus den Vertreibungsgebieten gefährdet werden.

Neben der strikten Abschottung der französisch besetzten Zone kam einer Reihe anderer demographisch wirksamer Maßnahmen große Bedeutung zu. Während die Absicht einer Reduktion der deutschen Bevölkerung mittels forcierter Propagierung der Geburtenkontrolle schon bald mit Rücksicht auf antizipierte negative Wirkungen im eigenen Land wieder fallengelassen wurde, bemühte sich die französische Militärmission in Berlin bis 1949 immer wieder erfolglos darum, eine von den Siegermächten sanktionierte Massenausweisung von rund acht Millionen Deutschen nach Übersee zu erreichen.

Damit sollten vor allem viele der weitgehend eigentumslosen Vertriebenen aus Westdeutschland entfernt werden. Auf diese Weise hoffte die Militärregierung, den durch die Massenvertriebung verstärkten Bevölkerungsdruck und das daraus abgeleitete, vermeintlich "natürliche Expansionsstreben" des deutschen Volkes kanalisieren und in für Frankreich ungefährliche Bereiche ableiten zu können.

Als vierte strategische Maßnahme zur Veränderung des demographischen Ungleichgewichtes wurde die verstärkte Assimilierung von geeigneten Deutschen durch die französische Bevölkerung betrieben. Die diesbezüglichen Vorhaben betrafen auch hier vornehmlich Flüchtlinge und Vertriebene. Entlassene Kriegsgefangene ostdeutscher Herkunft ohne Rückkehrmöglichkeit wurden als "freiwillige" Arbeitskräfte nach Frankreich verpflichtet, um dort die Kriegsverluste unter den französischen Männern in heiratsfähigem Alter ausgleichen zu helfen.

Zu den bedenklichsten Maßnahmen zählte die systematische Überführung von aufgrund ihres Vertreibungsschicksals elternlos gewordenen Flüchtlingskindern nach Frankreich, die dort von französischen Adoptiveltern erzogen wurden. Dabei sollte diesen Kindern ihre wahre Herkunft auf Dauer verschwiegen werden.

Die auf Abwälzung der Kriegsfolgelasten zielende Politik Frankreichs führte zu einem Gegensatz mit den USA und Großbritannien, die nicht zuletzt durch ihre Bereitschaft zur Aufnahme der Vertriebenen eine erhebliche Belastung ihrer Besatzungszonen in Kauf genommen hatten. Da die Verzögerung von (meist amerikanischen) Lebensmittellieferungen als Druckmittel gegen die französische Militärregierung nicht zu einer Öffnung der französisch besetzten Zone geführt hatte, setzten die beiden Regierungen die französische Mission in Berlin verstärkt unter diplomatischen Druck.

In Baden-Baden erkannte man die Gefahr einer außenpolitischen Isolierung Frankreichs, die sich in dem Maße vergrößerte, in dem der fortschreitende "Kalte Krieg" ein Lavieren Frankreichs zwischen den Weltmächten und der Sowjetunion zunehmend aussichtsloser erscheinen ließ. Die Entfremdung von der Sowjetunion in der Flüchtlingsfrage gipfelte in der Vermutung, Stalin beabsichtige durch die fortdauernde Vertreibung eine Proletarisierung Westdeutschlands zu erzwingen, die dort gemäß den Entwicklungsgesetzen des Marxismus in eine Revolution münden sollte. Auch aus diesem Grund erschien der Militärregierung die Abschottung der französischen Zone als angemessene Reaktion gegen derartige Bestrebungen.

Außerdem sprachen aus der Sicht Frankreichs wirtschaftliche Gründe für die Fortgrenzung seiner Abgrenzungspolitik. Durch die strenge Kontrolle des Zuzugs konnte die französische Zone bei gleichzeitiger Kanalisierung der Bevölkerungsbewegungen als Drehscheibe für die Rekrutierung der von Frankreich so dringend benötigten deutschen Arbeitskräfte und Soldaten für die Fremdenlegion dienen.

Hingegen drohte bei einer vollständigen Liberalisierung der Zuzugsbestimmungen die Kontrolle über die Bevölkerungsbewegungen verloren zu gehen. Durch die bei einem ungebremsen Zustrom Vertriebener in die französisch besetzte Zone mittelfristig unabwendbare Einstellung der Demontagen und die Verzögerung der Reparationsleistungen mußte Frankreichs

Absicht, sich die deutschen Ressourcen für den Wiederaufbau im eigenen Land nutzbar zu machen, ebenso durchkreuzt werden wie durch ein Wiedererstarken der deutschen Fertigwaren-Exportproduktion, deren Konkurrenz Frankreich auf den Weltmärkten fürchtete.

Demgegenüber gewann der amerikanische Druck auf Öffnung der französischen Zone in dem Maße für Paris an Bedeutung, in dem die Planungen zur Durchführung des Marshall-Planes Gestalt annahmen. Aus der Furcht heraus, bei der Kreditvergabe wegen der Flüchtlingspolitik in Deutschland von den USA benachteiligt zu werden, fand sich die französische Militärregierung 1949 schließlich doch zur Aufnahme von Verhandlungen über den internationalen Flüchtlingsausgleich bereit. ...<<

Januar 1946

Ostdeutschland: Im Verlauf der Kontrollen an den Sammelstellen und während der wochenlangen Transporte ereignen sich in den deutschen Ostprovinzen vielerorts Plünderungen und Überfälle, so daß die Mehrzahl der Ausgetriebenen im Januar 1946 völlig ausgeraubt, in verzweifelter körperlicher und seelischer Verfassung westlich der Oder-Neiße-Grenze ankommt. In der sowjetischen Besatzungszone (Mitteldeutschland) werden die Vertriebenen anschließend nicht selten monatelang in Quarantäne- und Flüchtlingslagern festgehalten (x001/147E).

CSR: Die antikommunistischen tschechoslowakischen Parteien werden im Januar 1946 zerschlagen oder verboten.

Ungarn: Im Januar 1946 beginnen die ersten Ausweisungstransporte in die nordamerikanische Zone Deutschlands. Die ersten Transporte entsprechen nicht den Grundsätzen einer humanen Durchführung. Die Vertriebenen kommen oftmals ausgeplündert, ohne Gepäck, schlecht bekleidet, hungernd und frierend in den Auffanglagern an.

Diese Zustände können erst 2 Monate später als geregelt bezeichnet werden, weil die zuständigen nordamerikanischen Dienststellen nicht nur die rollenden Transporte, sondern bereits die Einwaggonierung kontrollieren.

Die Ungarn-Deutschen erhalten 2-3 Tage Zeit, um ihre Sachen zu packen. Die Umsiedler dürfen pro Person 100 kg Gepäck (Nahrungsmittel, Bettwäsche, Kleider, Handwerkszeug) mitnehmen. Sie werden mit Lastkraftwagen oder Fuhrwerken zum Bahnhof gefahren, dort kontrolliert, verladen und abgeschoben (x008/62E-63E).

Jugoslawien: Ministerpräsident Tito "säubert" Jugoslawien. Tito läßt ab Januar 1946 alle vermeintlichen Gegner durch Geheimpolizisten "erledigen". Anschließend werden umfangreiche Zwangskollektivierungen und Verstaatlichungen durchgeführt.

Rumänien: Die von der KP beherrschte FND-Partei erhält bei den Wahlen 89 % aller Stimmen. Als die rumänischen Oppositionsparteien dieses Wahlergebnis anzweifeln, werden alle demokratischen Parteien zerschlagen oder verboten.

Schweiz: Die Zeitung "Vaterland" berichtet Anfang 1946 über eine Reise durch das zerstörte Deutschland (x117/112): >>... Wenn Deutschland über die Zeiten der ärgsten Not geholfen wird – und es muß ihm nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch im Interesse Europas geholfen werden -, dann wird sich das deutsche Volk wieder erholen, gewiß unter furchtbaren Schmerzen und Verlusten, aber doch mit den Möglichkeiten eines neuen Aufstiegs.

Die Besatzungsmächte vergessen allzusehr, daß ein Toter gefährlicher sein kann als ein Lebender. Ein lebendiges Deutschland ist weniger zu fürchten als ein totes Deutschland, dessen Verwesung ganz Europa infizieren würde. Eine großzügige und großherzige Deutschlandhilfe ist ganz einfach eine europäische Aufgabe.<<

USA: US-General Clay (1897-1978, von 1945-46 stellvertretender Militärgouverneur der nordamerikanischen Besatzungszone) berichtet über die Vertreibungstransporte im Januar 1946 (x028/137-138): >>... Die Ausgewiesenen waren ohne genügend Proviant und nur mit notdürftigstem Reisegepäck zusammengestellt worden; hungrig und armselig kamen sie an. ... Besondere Schwierigkeiten gab es mit den Tschechen; nicht nur der persönliche Besitz der

Sudetendeutschen, auch junge kräftige Arbeiter wurden zurückbehalten, während man uns die Alten, die Frauen und die kleinen Kinder schickte.

Erst als wir aus diesem Grunde die Transporte zeitweilig einstellen, erreichten wir auf dem Verhandlungsweg, daß diese Zustände behoben wurden.<<

01.02.1946

WBZ: In der britischen Zone wird am 1. Februar 1946 die Schulspeisung eingeführt.

Die Nahrungsmittelrationen in der französischen Zone werden am 1. Februar 1946 um 25 % gekürzt und betragen täglich nur noch 1.075 Kalorien (x111/132).

Karl Geiler (1878-1953, Ministerpräsident von Groß-Hessen) erklärt am 1. Februar 1946 während der Wiedereröffnung der Frankfurter Goethe-Universität (x111/132): >>... Das deutsche Volk bedarf heute mehr denn je der Wissenschaft. Es blutet aus so vielen Wunden, daß seine Wiedergeburt überhaupt nur vom Geistig-Seelischen her möglich ist.<<

USA: Im US-Senat wird am 1. Februar 1946 der Bericht eines britischen Majors zitiert (x028/226): >>... Die schlimmsten Greuel der modernen Geschichte finden in Ostdeutschland statt. Viele Millionen von Deutschen sind auf die Straße geworfen worden. ... (Sie) sterben zu Tausenden auf den Straßen an Hunger, Dysenterie und Erschöpfung. Sogar ein flüchtiger Besuch in Berliner Krankenhäusern ist ein Erlebnis, neben dem Konzentrationslager normal erscheinen. ...<<

04.02.1946

USA: Die "New York Times" berichtet am 4. Februar 1946 über die Tragödie der deutschen Vertriebenen (x028/139-140): >>In Potsdam war man übereingekommen, daß die erzwungene Auswanderung in "humaner und geregelter Weise" durchgeführt werden sollte.

Aber wie jedermann weiß, der den schrecklichen Anblick der Empfangsstellen in Berlin und München erlebt hat, vollzieht sich der Exodus (Auszug) unter alptraumhaften Zuständen, ohne internationale Beaufsichtigung, oder auch nur vorgespiegelte humane Behandlung.

Wir sind mitverantwortlich für Greuel, die nur (mit) den Grausamkeiten der Nazis zu vergleichen sind ...<<

05.02.1946

Berlin: Anton Ackermann erklärt am 5. Februar 1946 während seines Schlußwortes zur KPD-Kulturtagung (x116/149): >>... Keine Weltanschauung ist stärker als die Weltanschauung der sozialistischen Bewegung. Ihr muß und wird der Erfolg gehören, wenn wir sie uns in ihrem ganzen Reichtum aneignen und sie richtig anzuwenden verstehen.

Ich bin fest davon überzeugt, daß wir nicht nur die breiten Massen des Volkes, sondern auch breiteste Schichten der Intelligenz gewinnen werden, weil ich an den Marxismus-Leninismus glaube, der allmächtig ist, weil er wahr ist.

Werbung für unsere Weltanschauung, für die Partei; um jeden einzelnen ringen, besonders um jeden einzelnen Studenten, Lehrer, Wissenschaftler und Künstler – das ist eine unserer wichtigsten Aufgaben.

Die Zahl der Intellektuellen in den Reihen unserer Partei ist bedeutend gewachsen, aber sie ist uns noch zu gering.<<

WBZ: Der SPD-Politiker Adolf Grimme (1889-1963) fordert am 5. Februar 1946 in der neuen pädagogischen Monatsschrift "Die Schule" neue Leitbegriffe der Erziehung und der Ausbildung eines Menschen (x111/134): >>... der fähig ist, hochwertige Arbeit zu leisten, der den Willen hat, einen demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu schaffen und diesen Staat in die Gemeinschaft der friedliebenden Völker einzugliedern, einen deutschen Menschen, der von dem Glauben beseelt ist, daß ein Volk allein durch die Macht geistiger und religiös-sittlicher Kräfte gerettet werden kann.<<

Polen: Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 5. Februar 1946 einen Runderlaß betreffend die Übernahme des verlassenen und ehemals deut-

schen Vermögens durch die Behörden der allgemeinen Verwaltung (x003/106,109): >>... Um die Übernahme der Bewirtschaftung des verlassenen und ehemals deutschen Vermögens durch den Minister für die Wiedergewonnenen Gebiete und durch die ihm unterstellten Behörden möglichst zu beschleunigen, ist vor der formellen Veröffentlichung dieses Dekrets mit der Übernahme der Geschäfte der vorläufigen Staatlichen Verwaltung zu beginnen. ...

Dieser Runderlaß betrifft alle nordwestlichen Wojewodschaften, d.h. sowohl diejenigen, welche ausschließlich Wiedergewonnene Gebiete umfassen (Masuren, Pommern, Niederschlesien), wie auch diejenigen, welche nur z.T. Wiedergewonnene Gebiete einschließen, wie:

1. die Wojewodschaft Schlesien-Dombrowa, und zwar die Kreise: Kreuzburg, Rosenberg, Guttentag, Stadt Oppeln, Landkreis Oppeln, Groß-Strehlitz, Hindenburg, Stadt Beuthen, Landkreis Beuthen, Stadt Ratibor, Landkreis Ratibor, Cosel, Leobschütz, Neustadt, Falkenberg, Stadt Neiße, Landkreis Neiße, Grottkau.

2. die Wojewodschaft Posen – das Land Lebus, und zwar die Kreise: Schneidemühl, Schönlanke, Friedeberg/Neumark, Stadt Landsberg, Landkreis Landsberg, Meseritz, Schwerin, Zielenzig, Frankfurt (der rechts gelegene Teil des Stadtkreises), Schwiebus, Grünberg, Crossen/Oder, Guben, Fraustadt.

3. die Wojewodschaft Danzig, und zwar die Kreise: Stadt Elbing, Landkreis Elbing, Marienburg, Stuhm, Marienwerder, Lauenburg, Bütow, Stadt Stolp, Landkreis Stolp, Rummelsburg, Schlawe.

4. die Wojewodschaft Pommerellen, und zwar die Kreise: Schlochau, Flatow. ...

5. die Wojewodschaft Bialystok, und zwar die Kreise Goldap, Treuburg und Lyck. ...<<

06.02.1946

Jugoslawien: Das Gebiets-Volksgericht in Slawonisch Brod verurteilt am 6. Februar 1946 einen Volksdeutschen wegen Zugehörigkeit zum Kulturbund und Dienst in der deutschen Polizei (x006/260E-262E): >>Urteil - Im Namen des Volkes!

Der Gebiets-Volksgerichtshof in Slawonisch Brod ... erließ in der Strafsache gegen den Angeklagten N. K. aus Darkowatz ... nach öffentlicher mündlicher Verhandlung am 6.2.1946 in Anwesenheit des in Haft befindlichen Angeklagten und seines Verteidigers ... folgendes Urteil:

Der Angeklagte N. K. ... geboren 30.6.1915 in Darkowatz, ev. Glaubensbekenntnis, Staatsbürger der FVRJ, verheiratet, Vater von 4 Kindern, Besitzer eines Hauses, ... unbestraft wird für schuldig befunden, weil er

1. gleich nach der Gründung des Unabhängigen Staates Kroatien in den Kulturbund eintrat und in ihm während der Okkupation aktiv mitarbeitete. Er hat also im Verlauf des Krieges und der feindlichen Okkupation mit dem Feinde politisch zusammengearbeitet.

2. weil er ... im Juli 1943 der SS-Polizei beitrug. Er tat in ihr in verschiedenen Ortschaften Kroatiens Dienst und zwar bis zum Untergang des unabhängigen Staates Kroatien. Er trat also während des Krieges einer aus jugoslawischen Staatsbürgern formierten Polizeieinheit, zum Zwecke der Unterstützung des Feindes und des gemeinsamen Kampfes gegen sein Vaterland, bei. ...

Aufgrund des ... angeführten Gesetzes wird folgende Strafe verhängt:

1. eine Freiheitsstrafe mit Zwangsarbeit von 8 Jahren,

2. Verlust seiner bürgerlichen und politischen Rechte für 5 Jahre nach Verbüßung der Freiheitsstrafe.

Die Untersuchungshaft ab 10.5.1945 wird dem Angeklagten angerechnet. Die Kosten des Prozesses und Strafvollzuges trägt der Angeklagte.

Begründung: ... Der Angeklagte war geständig, als Deutscher im Jahre 1941 dem Kulturbund beigetreten zu sein. Er nahm als Dilettant an verschiedenen Veranstaltungen des Kulturbundes in seiner Gemeinde teil. Er blieb dessen Mitglied bis zum Untergang des Unabhängigen Staa-

tes Kroatien. Er ist weiterhin geständig, im Herbst 1943 dem Ruf der deutschen Militärbehörden gefolgt zu haben und in Esseg der Hilfspolizei beigetreten zu sein. ... Nach einer Dienstverrichtung in Slawonien ging er kurz vor der Befreiung nach Deutschland, unterwegs wurde er von den Bulgaren gefangen genommen.

Zu seiner Verteidigung führt der Angeklagte an, er habe als Angehöriger der deutschen Wehrmacht und Hilfspolizei weder an Kämpfen gegen die Volksbefreiungsarmee, noch gegen die Rote Armee teilgenommen.

Er verteidigt sich weiterhin, er sei wegen seiner deutschen Volkszugehörigkeit zum Kulturbund beigetreten. Als Deutscher mußte er der Ladung der Kulturbundleitung Folge leisten.

Auf Grund der Geständnisse des Angeklagten konnte sich das Gericht von der objektiven und subjektiven Seite der ihm zur Last gelegten Straftaten überzeugen. ...

Dem Angeklagten wird als strafmildernd seine bisherige Nichtbestraftheit, sowie seine unschuldige Familie, wie auch die Tatsache, daß er als Angehöriger der deutschen Wehrmacht und Hilfspolizei an keinem Kampfe gegen die Volksbefreiungsarmee und die Rote Armee teilgenommen hat, angerechnet. Als straferschwerend liegen keine Tatsachen vor. Die verhängte Strafe ist deshalb gerechtfertigt und gerecht, sowie auf gesetzlichen Vorschriften gegründet.

Tod dem Faschismus - Freiheit dem Volke!<<

08.02.1946

WBZ: Karl Geiler (1878-1953, Ministerpräsident von Groß-Hessen) erläutert am 8. Februar 1946 während einer Veranstaltung in Wiesbaden die "Aufgaben der Erziehung" (x111/125):

>>... Es gilt eine geistig-seelische Umformung unseres Volkes herbeizuführen, einen neuen Menschentypus zu prägen, der sich wieder willig abwendet von den Unwerten des zusammengebrochenen Systems, und der zugleich die innere Kraft hat, auszuhalten in all den Nöten, die um uns und in uns sind, und sich wieder emporzuarbeiten aus all dem Dunkel und den Wirrnissen der letzten Vergangenheit.<<

In Garmisch-Partenkirchen wird am 8. Februar 1946 das erste Sanatorium für KZ-Häftlinge eröffnet.

09.02.1946

Berlin: Im 1. Heft der "Einheit" schreibt der KPD-Politiker Anton Ackermann (1905-1973, eigentlich Eugen Hanisch) am 9. Februar 1946 über den "besonderen deutschen Weg zum Sozialismus" (x111/135): >>... Die besondere Lage, in der sich Deutschland befindet, besteht in der militärischen Besetzung, darin, daß bei der Durchführung der Potsdamer Beschlüsse der reaktionäre staatliche Gewaltapparat ... zerbrochen wurde und daß durch die demokratische Bewegung ein neuer Staats- und Wirtschaftsapparat auf demokratischer Grundlage geschaffen wird. ...

Für Deutschland wie für jedes andere Land gilt, daß es ohne die Aufrichtung der ganzen Macht der Arbeiterklasse keinen Aufbau des Sozialismus geben kann.<<

10.02.1946

SBZ: Die vier Parteien der sowjetischen Zone und der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund veröffentlichen am 10. Februar 1946 in Leipzig folgenden Aufruf (x111/136): >>Wir wollen heute den bisher zurückgehaltenen Schichten die Möglichkeit zu geistiger Arbeit geben, um damit an der geistigen Lenkung des Staates auch die bisher Ausgeschalteten beteiligen zu können. Zwei Wege werden sie zur Universität führen:

1. die Arbeiterfakultät, die neben dem eigentlichen Universitätsstudium das zusätzliche nötige geistige Wissen vermittelt;
2. die Begabtenprüfung, die die allgemeine geistige Reife zum Besuch der Vorlesungen feststellen soll.<<

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1933-45 fast ständig in KZ-Haft, ab Mai 1946

SPD-Vorsitzender) weist am 10. Februar 1946 den Vorwurf der Kollektivschuld entschieden zurück (x101/12): >>Die Deutschen stehen deshalb vor einer schweren Aufgabe, weil die Welt meint, der Nazismus sei Deutschland gewesen, das ganze Volk sei schuldig. ...

Es ist nicht das ganze deutsche Volk schuldig, und wir lehnen eine derartige These ab. ...

Immer sind es vor 1933 und nach 1933 große Teile der Deutschen gewesen, die gegen Hitler gekämpft und Mut bewiesen und Leid erduldet haben. ...<<

11.02.1946

Jugoslawien: Das Präsidium der Volksversammlung der Autonomen Provinz Wojwodina, Abt. für Volksgesundheit, Sektion Lager, ordnet am 11. Februar 1946 Maßnahmen an, um Epidemien zu verhindern (x006/501): >>Betrifft: Pflichten der Ärzte in den Lagern und in den Kolonistenortschaften.

... Mit Rücksicht darauf, daß in den Zivillagern Fleckfieber aufgetreten ist, in einigen auch in Form großer Epidemien, und da die Gefahr einer Übertragung dieser Krankheit auf unsere Bürger besteht, ordne ich, damit diese Gefahr gebannt wird, folgendes an:

1. ... a) Tägliche Untersuchung der Lagerinsassen zum Zwecke der Auffindung Fleckfieberverdächtiger oder an Fleckfieber Erkrankter. Wenn die Lager groß sind, haben die Ärzte die Kranken mit Hilfe von Sanitätern ausfindig zu machen, die der Arzt selbst auszuwählen und denen er diesbezügliche Anweisungen zu geben hat.

b) Isolierung dieser Erkrankten im Lager selbst; zu diesem Zwecke sind eigene Räume zu bestimmen, je nach Lagerstand.

c) Bekämpfung der Verlausung.

d) Der Arzt hat ein Kontrollbuch und ein Krankenprotokoll anzulegen. ...

2. Wenn in dem Orte, wo ein Lager ist, auch Kolonisten sind, hat der Arzt hier denselben Dienst und auf dieselbe Art und Weise zu versehen wie im Lager. ...

3. Im Falle des Auftretens von Fleckfieber (sei es auch nur Verdacht) ist der Arzt verpflichtet, sofort seinen vorgesetzten Arzt zu verständigen und dieser hat die zuständige höhere Sanitätsbehörde zu verständigen.

Außer auf Rudolfsgrad bezieht sich diese Anordnung auf 16 weitere Lager im Banat.<<

12.02.1946

WBZ: In der britischen Besatzungszone werden am 12. Februar 1946 alle ostdeutschen Landsmannschaften verboten (x024/212).

Frankreich: Die französische Regierung verlangt am 12. Februar 1946 in einem Schreiben an die Westmächte die Einbeziehung des Saargebietes in das französische Zoll- und Währungssystem (x111/136).

13.02.1946

Berlin: Der CDU-Politiker Jakob Kaiser (1888-1961) erklärt am 13. Februar 1946 in Berlin (x111/137): >>... Mir scheint für Deutschland die große Aufgabe gegeben, im Ring der europäischen Nationen die Synthese zwischen östlichen und westlichen Ideen zu finden. Wir haben Brücke zu sein zwischen West und Ost.<<

14.02.1946

WBZ: Der sowjetische Ankläger Oberst Pokrovskij behauptet am 14. Februar 1946 vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, daß deutsche Wehrmachtstruppen die Katyn-Massaker durchgeführt hätten (x046/205): >>... daß eine der wichtigsten verbrecherischen Handlungen, für die die Hauptkriegsverbrecher verantwortlich sind, die Massenvernichtung polnischer Offiziere war, die in den Wäldern von Katyn bei Smolensk von den deutschfaschistischen Eindringlingen vorgenommen wurde. ...<<

Polen: Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 14. Februar 1946 einen Runderlaß betreffend die Sicherstellung des ehemals deutschen Vermögens (x003/111-112): >>An alle Bezirks-Bevollmächtigten der Regierung in den Wiedergewonne-

nen Gebieten.

Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete hat begonnen, die Beschlüsse des Alliierten Kontrollrates in Berlin betr. die Ermöglichung der Rückkehr der deutschen Bevölkerung ins Reich zu verwirklichen. Da es oftmals unmöglich sein wird, die von den Deutschen geräumten Höfe und Wohnungen sofort mit polnischen Ansiedlern zu besetzen, ist die entsprechende Sicherstellung des zurückgelassenen beweglichen wie auch unbeweglichen ehemals deutschen Vermögens von erstrangiger Bedeutung.

Zu diesem Zweck ordnet das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete folgendes an:

1. Das zurückgelassene ehemals deutsche Vermögen muß unverzüglich nach der Entfernung der Deutschen derart sichergestellt werden, daß eine auch noch so geringe Minderung durch Diebstahl oder Zerstörung unmöglich ist.

2. Um Wohnungseinrichtungen weitestgehend zu sichern, sind die in den Wohnungen befindlichen beweglichen Sachen in die Magazine der Vorläufigen Staatlichen Verwaltung abzutransportieren; falls dies nicht möglich ist, sind diese Gegenstände mit Hilfe der Deutschen möglichst in ein von den Deutschen geräumtes Gebäude zusammenzutragen, das versiegelt und von einem ständigen Posten der Bürgermiliz bis zur Verteilung an Repatrianten oder bis zum Abtransport in die Magazine der Vorläufigen Staatlichen Verwaltung bewacht werden soll.

3. Das zurückgelassene lebende Inventar ist in der Weise zu sichern, daß es der ansässigen polnischen Bevölkerung zur Beaufsichtigung und Benutzung übergeben oder planmäßig an die bereits angesiedelten Repatrianten und Umsiedler, welche solches Inventar nicht besitzen, verteilt wird. ...

6. Die von den Deutschen geräumten Wohnungen dürfen auf keinen Fall ohne Einverständnis der lokalen Ansiedlungsausschüsse bzw. Ansiedlungsreferate vermietet werden; diese setzen fest, welche Wohnungen in der betreffenden Ortschaft mit Rücksicht auf den Ansiedlungsplan frei bleiben müssen.

7. Um diese Aktion zur Sicherstellung des ehemals deutschen Vermögens erfolgreich durchzuführen, setzen sich die Kreisbevollmächtigten unverzüglich mit den Organen der Bürgermiliz und der Öffentlichen Sicherheit in Verbindung. ...<<

Das britisch-polnische Abkommen "Operation Schwalbe" (Aussiedlung von Deutschen aus Polen und den polnisch verwalteten Gebieten) wird am 14. Februar 1946 beschlossen (x039/-230).

Am 14. Februar 1946 vereinbarten britische und polnische Politiker noch einmal, daß die Aussiedlung und Überführung der Deutschen in "humaner und ordentlicher Weise durchgeführt werden" soll. Die Fahrtrouten werden festgelegt, und es wird beschlossen, daß für die Bewachung der Transporte, für Verpflegung und ärztliche Fürsorge während der Ausweisung gesorgt werden muß. Die Ausgewiesenen sollen nicht mehr als 500 RM und Gepäck mitnehmen, als sie "in den Händen tragen können" (x001/148E).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/-147E-154E): >>... Das Jahr 1946 wurde in Ostdeutschland die Hauptperiode der Ausweisung. ... Zunächst unterschieden sich die Ausweisungen des Jahres 1946 wenig von denen des Jahres 1945. Noch immer waren die Kontrollen an den Sammelstellen und die wochenlangen Transporte von Plünderungen und Übergriffen aller Art begleitet, so daß die Mehrzahl der Ausgetriebenen völlig ausgeraubt, in verzweifelter körperlicher und seelischer Verfassung westlich der Oder-Neiße-Grenze ankamen, wo sie auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone monatelang in Quarantäne- und Flüchtlingslagern festgehalten wurden.

... Am 14. Februar 1946 wurde in dem inzwischen errichteten internationalen Combined Repatriation Executive (CRX) zwischen dem britischen und dem polnischen Vertreter ein Ab-

kommen getroffen, das noch einmal wie schon das Potsdamer Abkommen die Versicherung enthielt, "daß die Aussiedlung und Überführung der Deutschen in humaner und ordentlicher Weise durchgeführt werden" müsse.

Auch die Fahrtrouten und die Ausweisungsquoten für die einzelnen Zeitabschnitte wurden hierbei festgelegt, und es wurde vereinbart, daß für eine Bewachung der Transporte sowie für Verpflegung und ärztliche Fürsorge während der Ausweisung Sorge getragen werden müsse. Bemerkenswert ist, daß den Ausgewiesenen nicht gestattet sein sollte, mehr als 500 RM und mehr Gepäck mitzunehmen, als sie "in den Händen tragen können".

... Der eigentliche Zweck des britisch-polnischen Abkommens, eine "ordentliche und humane" Durchführung der Ausweisungen zu garantieren, ist auch bei den Massenausweisungen während des Jahres 1946 keineswegs erreicht worden.

Allein schon für Verpflegung und ärztliche Betreuung war nur in seltensten Fällen einigermaßen gesorgt. Schwerer fiel noch ins Gewicht, daß die polnischen Milizkommandos die Ausweisung der Deutschen aus ihren Wohnungen unnötig beschleunigten und in der Regel mit äußerster Strenge, ja oft geradezu in brutalen Formen durchführten. Oft standen den aus ihren Häusern Vertriebenen keinerlei Transportmittel zur Verfügung, so daß sie sich mit ihrem schweren Gepäck in kilometerlangen Märschen nach den Sammellagern schleppen mußten. Dort fehlte es meist an den primitivsten Voraussetzungen dafür, Tausende von Menschen unterzubringen, zumal es mitunter dauerte, ehe die Transporte zusammengestellt wurden.

Nach allem, was heute über den Verlauf der Ausweisungen bekannt ist, steht fest, daß die Durchführung durch die polnischen Behörden nicht nur ohne zureichende Organisation geschah, daß vielfach ganz offensichtlich auch gar nicht der Wille vorhanden war und gar keine sonderlichen Anstrengungen gemacht wurden, um eine wirklich ordnungsgemäße und humane Überführung der deutschen Bevölkerung nach Westen zu gewährleisten.

... Der wichtigste Erfolg des britisch-polnischen Ausweiseabkommens war, daß den Vertriebenen ab Ende 1946 der direkte Weg in die britische Besatzungszone offenstand, so daß sie nicht mehr von der sowjetischen Besatzungszone aus heimlich als Grenzgänger nach Westen zu fliehen brauchten.

Waren die Vertreibungen des Jahres 1945 ausschließlich nach der Sowjetzone erfolgt, so ging der Hauptteil der im Jahre 1946 Ausgewiesenen in direkten Transporten in die britische Besatzungszone. ...

Für den gesamten nördlichen Raum der Oder-Neiße-Gebiete war Stettin die Hauptstation für die Zusammenstellung und Abfertigung der Ausweisungstransporte und für ihre Übergabe an britisches Begleitpersonal. In der Umgebung von Stettin befanden sich mehrere Sammellager, in denen die zur Ausweisung Bestimmten oft wochenlang auf die Abfahrt der Transportzüge warten mußten, neben dem berüchtigten Lager Stettin-Scheune (handelte es sich) vor allem um die Lager Kreckow und Frauendorf. ...

Im Südschnitt der Oder-Neiße-Gebiete war das Zentrum für die Ausweisungstransporte der Bahnknotenpunkt Kohlfurt (nordöstlich von Görlitz), von wo aus die Eisenbahntransporte mit Vertriebenen nach der sowjetischen und britischen Besatzungszone abgefertigt wurden.

Um eine Überschreitung der zwischen den britischen und polnischen Behörden festgelegten Ausweisungsquoten an den einzelnen Übergabestationen zu vermeiden, kam es oft zu langwierigen und umständlichen Umlagungen der Ausweisungstransporte. So wurden manche Deutsche aus Pommern erst nach Polen geleitet und von dort aus über Schlesien nach Westen transportiert.

Neben den Ausweisungen nach der britischen Besatzungszone wurden im Jahre 1946 ebenso wie 1945 mehrere Hunderttausende von Deutschen nach der sowjetischen Besatzungszone übergeführt. Viele dieser Vertriebenen haben sich, sobald sie den Aufnahmelagern der sowjetischen Zone entkommen konnten, selbständig auf den Weg in die westlichen Besatzungszo-

nen begeben, um nicht länger unter sowjetrussischem Regime leben zu müssen, dessen Auswirkungen sie in ihrer Heimat so schmerzlich erfahren hatten. Im Jahre 1946 waren es allein ca. 250.000 Vertriebene, die außerhalb der organisierten Transporte in Westdeutschland ankamen. ...

Neben den Ausweisungen hatten auch radikale Unterdrückungsmaßnahmen das Ihrige getan. Der Hunger und die körperliche Überbeanspruchung während der Zwangsarbeit, die Epidemien in den Städten, dazu die Mißhandlungen in den Lagern und Gefängnissen verursachten so zahlreiche Opfer unter den Deutschen, das den polnischen Ausweiskommandos manche Arbeit vorweggenommen wurde. - Ende 1946 war der Hauptteil der Deutschen, die beim Einzug der sowjetischen Truppen in ihrer Heimat geblieben oder später zurückgekehrt waren, bereits vertrieben oder in der Zwischenzeit umgekommen. ...

Mit dem Eintritt des Winters 1946/47, als die Kälte unter den Vertriebenen bereits zahlreiche Verluste verursacht hatte, verweigerten die britischen Behörden jede weitere Übernahme von Ausweisungstransporten, da sie es nicht verantworten zu können glaubten, weitere Hunderttausende völlig verelendeter Ausgewiesener in die überfüllten Aufnahmelager einzuliefern, und da gleichzeitig die polnischen Behörden gezwungen werden sollten, für bessere Ausweisungsbedingungen zu sorgen. Verschiedene Transporte liefen deshalb wieder in ihre Ausgangsorte zurück, und die Ausweisungsaktionen flauten ganz allgemein während des Winters 1946/47 ab.

Da sich aber noch immer zahlreiche Deutsche östlich der Oder-Neiße befanden, begann mit dem Frühjahr 1947 eine neue, die letzte umfassende Etappe der Zwangsausweisungen. Auch jetzt waren die britischen Behörden noch nicht zu einer Übernahme der Transporte bereit, diese wurden deshalb ausschließlich in das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone geleitet. Sie verliefen jetzt allerdings in wesentlich geregelteren Formen als 1945 und teilweise noch 1946, obwohl auch jetzt noch in den Ausweisungslagern mitunter unverändert katastrophale Zustände herrschten und noch immer manche Deutsche die Strapazen der Ausweisung mit dem Leben bezahlen mußten.

Von den Ausweisungen im Jahre 1947 wurden die letzten bisher noch nicht oder teilweise betroffenen Orte erfaßt, und auch viele Deutsche, die bisher als unabhkömmliche Arbeitskräfte verschont geblieben waren, mußten sich nun von ihrer Heimat trennen. Während des ganzen Frühjahrs, Sommers und Herbstes 1947 wurden auf diese Weise noch einmal schätzungsweise 500.000 Deutsche aus Schlesien, Ostpommern, Westpreußen und dem Südteil Ostpreußens nach Westen transportiert.

Ende 1947 nahmen die systematischen Ausweisungen aus den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten im allgemeinen ein Ende, obwohl es auch später noch zu Einzelausweisungen kam und noch manche Deutsche in den folgenden Jahren selbständig versuchten, von Pommern oder Schlesien aus nach dem Westen zu gelangen.

Die Mehrzahl derer, die besonders in Oberschlesien und im südlichen Ostpreußen von der alten Bevölkerung deutscher Staatsangehörigkeit schließlich übrigblieben, bestand z.T. aus Personen, die auf Grund ihrer polnischen Volkszugehörigkeit oder auch nur, um sich ihre Existenzgrundlage zu erhalten, freiwillig die polnische Staatsbürgerschaft erworben hatten, teils aber auch Personen, die, wie viele Masuren in Ostpreußen, von den Polen als polnische Volkszugehörige, als sog. Autochthone betrachtet wurden, die sich aber zum größten Teil entschieden als Deutsche fühlten und gegen ihren Willen zur Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft gedrängt wurden.

Daneben wurden sowohl in Ostpreußen als auch in Ober- und Niederschlesien, in Ostpommern und vereinzelt auch in Ostbrandenburg Personen zurückgehalten, die lediglich auf Grund ihrer Unabhkömmlichkeit als Facharbeiter oder als sonstige wertvolle Arbeitskräfte gezwungen wurden, im Lande zu bleiben. Im Gegensatz zu den polnisch verwalteten deutschen

Ostgebieten hatten im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens bis zum Sommer 1947 noch keinerlei Aussiedlungen stattgefunden. Anders als die Polen hatten die Sowjets kein nationales Interesse an der Vertreibung der Deutschen aus Ostpreußen, sie waren im Gegenteil sehr bemüht, durch scharfe Bewachung der quer durch Ostpreußen verlaufenden russisch-polnischen Demarkationslinie jede Abwanderung und Flucht von Deutschen aus dem von ihnen verwalteten Teil Ostpreußens zu verhindern, um aus den Deutschen an Arbeitsleistungen herauszuholen, was nur irgend möglich war.

Die infolge der sowjetischen Arbeits- und Leistungsnormen eingetretene Erschöpfung der meist auf sowjetischen Kolchosen arbeitenden deutschen Bevölkerung und die katastrophalen Lebensverhältnisse im gesamten "Verwaltungsgebiet Kaliningrad" ... führten dazu, daß die deutsche Bevölkerung nichts sehnlicher wünschte, als dieses Land zu verlassen, das in kurzer Zeit unvorstellbar verelendet war, in dem ihnen nichts mehr gehörte und wohin in immer stärkerer Zahl russische Zivilpersonen einströmten.

Manchen gelang die Flucht über die Grenze nach den polnisch verwalteten Gebieten, von wo aus sie leichter nach Westen gelangen konnten; sehr viele aber fielen der Unterernährung und den Seuchen zum Opfer und starben.

Erst als die Arbeitskraft der Deutschen infolge des Zustroms von Russen mehr oder weniger entbehrlich geworden war, begann für die restliche, kaum mehr als 100.000 Menschen zählende deutsche Bevölkerung in den Jahren 1947-1949 die Aussiedlung.

Schon im Sommer 1947 hatten einige wenige Tausend aus Königsberg Ausreisegenehmigungen erhalten. Im Herbst 1947, vor allem aber 1948 und abschließend im Jahre 1949 wurden dann sowohl die ca. 20.000 noch am Leben befindlichen Deutschen aus Königsberg als auch die übrige deutsche Bevölkerung im sowjetisch verwalteten Ostpreußen in geschlossenen Transporten ausgesiedelt, ohne daß an der bisherigen Bedingung von einzelnen Ausreisegenehmigungen festgehalten wurde.

Die Sowjets schlossen sich damit dem Vorgehen der Polen an, obwohl in den Potsdamer Beschlüssen von einer Aussiedlung aus dem sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens nicht die Rede gewesen war. Daß sie zu einer Zeit erfolgte, als sich die Lebensverhältnisse gerade zu bessern begannen, während in den Jahren vorher viele Tausende von Deutschen elend an Hunger und Krankheiten zugrunde gegangen waren, macht in besonderer Weise deutlich, wie wenig die Sowjets bei der Frage der Ausweisung oder Nichtausweisung von Rücksichten auf die deutsche Bevölkerung geleitet waren.

Nur jenseits der Memel, im Gebiet des 1945 der Sowjetrepublik Litauen eingegliederten Memellandes, fand keine Ausweisung der Deutschen statt. Die noch im Lande befindlichen Memel-Deutschen mußten die litauische Staatsbürgerschaft annehmen und schieden damit aus dem Kreis der umzusiedelnden deutschen Volksteile aus. Dennoch haben sich manche Deutsche aus dem Memelland wegen des sowjetischen Drucks heimlich nach Deutschland durchgeschlagen. Die Mehrzahl der Memeldeutschen, die 1944 nicht geflohen oder später zurückgekehrt waren, ist jedoch in der Heimat verblieben.

In den Jahren 1947-1949, als die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus dem nördlichen Teil Ostpreußens im Gange war, kam es auch im Gebiet des polnischen Staates zu einer Welle systematischer Ausweisungen, wodurch die Ausmerzungen des Deutschtums in Polen beendet werden sollte, die schon in den Jahren 1945/46 eingesetzt hatte. Damals, als in Polen die brutale Verfolgung aller Deutschen schlimmste Formen annahm, machten sich Tausende von denen, die noch nicht verhaftet oder interniert waren, selbständig von den Orten Posens und Westpreußens auf den Weg nach dem Westen, wobei verschiedentlich auch lokale polnische Behörden den Abtransport der Deutschen vorantrieben.

Mit dem Jahre 1946 waren ... nahezu alle im westpolnischen Staatsgebiet ansässigen Deutschen in Gefängnissen eingeliefert, in Lagern konzentriert oder zur Zwangsarbeit eingesetzt,

und damit gab es im großen ganzen keine Möglichkeit mehr, selbständig das Land zu verlassen. Lediglich die erst während des Krieges aus dem Reich zugezogenen Deutschen und die volksdeutschen Umsiedler aus den baltischen und südosteuropäischen Staaten wurden, sofern sie nicht bereits vorher geflohen waren, zum Teil anders als die in Polen einheimischen Volksdeutschen behandelt und schon 1945 oder 1946 des Landes verwiesen.

Gegen die alteingesessenen Deutschen, die zwischen 1919 und 1939 die polnische Staatsbürgerschaft besessen hatten und dann während der deutschen Okkupation Polens als Deutsche bevorrechtet waren, richteten sich nach 1945 in erster Linie der in der Zeit der Besatzung genährte Haß und die Vergeltungsabsichten der Polen. Sie wurden nicht nur als Deutsche betrachtet, die entsprechend den Potsdamer Beschlüssen auszuweisen seien, sondern galten, wie schon dargestellt wurde, nach der polnischen Gesetzgebung als Kollaboranten und "Verräter der Nation" und wurden deshalb strafrechtlich verfolgt.

Erst nachdem sie jahrelanger Haft und Verfolgung ausgesetzt, viele von ihnen zugrunde gegangen, die anderen meist völlig verelendet und durch die Zwangsarbeit erschöpft waren, kam es im Jahre 1947 zu den ersten Entlassungen aus den Lagern, die in der Regel mit der Ausweisung der Entlassenen verbunden waren. –

Zwar war schon am 13. September 1946 das Dekret "über die Ausscheidung von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Gesellschaft" erlassen worden, dessen Artikel 4 bestimmte, daß die bisher in Gefängnissen und Lagern gehaltenen, sofern ihre deutsche Gesinnung und ihr Bekenntnis zum Deutschtum erwiesen seien, ausgewiesen werden müßten. Da aber die Polen inzwischen die billige Arbeitskraft der Deutschen schätzen gelernt hatten, wurde die Ausführung dieser Bestimmung sehr verzögert bzw. zunächst nur auf die nicht arbeitsfähigen Deutschen angewandt. Diese vor allem wurden als erste in den Jahren 1947 und 1948 aus den Lagern entlassen und mit Transporten nach der sowjetischen Besatzungszone gebracht.

Die Ausweisungen des Jahres 1947 aus Polen betrafen vor allem die Insassen der Lager, die meist aus Kranken und Nichtarbeitsfähigen bestanden, während die arbeitsfähigen Deutschen zwar auch in Lagern registriert waren, in der Regel sich aber nicht dort aufhielten, sondern an polnische Bauern oder Unternehmer zur Zwangsarbeit vermietet worden waren.

Da man die Arbeitsfähigen noch dabehielt, kam es bei diesen Ausweisungen oft zur Zerreißen von Familien und zur Trennung von Müttern und Kindern. - Erst im Sommer 1949 wurde auch ein großer Teil der Arbeitsfähigen erfaßt, und die Entlassungen, die Auflösung ganzer Lager, und die Ausweisungstransporte erreichten jetzt ihren Höhepunkt, bis sie im Jahre 1950 im wesentlichen beendet waren.

Die zur Entlassung Bestimmten wurden von ihren Arbeitsstellen, die überall im Lande verteilt waren, nach den für sie zuständigen Zentrallagern befördert. Dort wurden die Entlassungen vorgenommen und die Transporte zusammengestellt. Besonders vom Lager Potulice bei Bromberg und vom Lager Sikawa bei Lodz gingen 1949 zahlreiche Transporte mit je durchschnittlich 2.000 Deutschen nach Deutschland ab.

Nach den jahrelangen schweren Leiden erschien fast allen Deutschen aus Polen die Ausweisung als eine Erlösung. Die Empfindung des Dankes und die Freude darüber, die zurückliegenden Bedrängnisse und menschenunwürdigen Lebensverhältnisse überlebt zu haben und endlich von ihnen befreit zu sein, überdeckten für einen Moment die Erkenntnis des schweren Loses, das die zwangsweise Ausweisung aus der seit Generationen bewohnten Heimat bedeutete.

Schon bei den Ausweisungen in den Jahren 1947 bis 1949 ließ sich erkennen, daß den polnischen Behörden nicht mehr in gleichem Maße wie vorher an einer Aussiedlung der Deutschen gelegen war. Die Ansiedlung von Polen in den ostdeutschen Städten und Dörfern machte kaum noch Fortschritte, und es zeigte sich, daß man die frühere Bevölkerungs- und Produkti-

onskapazität der deutschen Ostgebiete nach der Ausstoßung der deutschen Bevölkerung nicht wieder erreichen würde.

Es setzte sich deshalb immer mehr die Erkenntnis durch, daß eine weitere restlose Ausweisung der noch im Lande befindlichen Deutschen eine wirtschaftliche Schädigung Polens bedeutete, zu der man es um so weniger kommen lassen durfte, als infolge der zunehmenden Stabilisierung aller Lebensbereiche, ... die Steigerung der Produktion und die Erfüllung der Wirtschaftspläne zum obersten politischen Gebot geworden waren.

Um eine weitere Verminderung der in Polen lebenden arbeitsfähigen Bevölkerung und eine dadurch bedingte Herabsetzung der wirtschaftlichen Kapazität Polens zu verhindern, wurde nach den letzten umfassenden Ausweisungen im Jahre 1949 neue Abtransporte von Deutschen zu verhindern gesucht. Der nationalpolitische Chauvinismus, der ursprünglich zur Ausweisung aller Deutschen getrieben hatte, war zwar noch lange nicht erloschen, doch er wurde durch die kommunistischen Wirtschaftsprinzipien der Warschauer Regierung in den Hintergrund gedrängt. ...<<

Der deutsche Historiker Hans-Werner Rautenberg (1938-2009) schreibt später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x035/333-335): >>Den letzten Akt des an der ostdeutschen Bevölkerung vollzogenen Dramas stellt schließlich die Vertreibung dar, die von den meisten der Betroffenen gar nicht mehr als zusätzliches Unrecht, sondern vielmehr als Erlösung empfunden worden ist. Viele Deutsche verließen sogar "freiwillig" ihre Heimat, um weiteren Drangsalierungen und Erniedrigungen zu entgehen.

Die Vertreibung erfolgte nicht erst auf Grund der Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945, sondern hatte weit eher eingesetzt. Ihr Hauptmotiv war ein rein nationalistisches: Durch die Austreibung der Deutschen sollten das neue Polen und die neue Tschechoslowakei als reine Nationalstaaten wiedererstehen. Daher sollten die deutschen Ostgebiete und das Sudetenland möglichst in einem Zuge von ihrer deutschen Bevölkerung "gesäubert" und durch Neubesiedlung so rasch wie irgend möglich in den polnischen bzw. tschechoslowakischen Staat integriert werden. ...

Alle polnischer- bzw. tschechischerseits angeführten Begründungen für die Notwendigkeit dieser Maßnahmen tragen den Charakter der nachträglichen Rechtfertigungen:

1.) Die Kompensationstheorie: danach habe Polen für seine Gebietsverluste im Osten entschädigt werden müssen, da es Raum für seine Landsleute gebraucht habe, die ihrerseits vertrieben worden seien. Dieses Argument traf für die Tschechoslowakei so gut wie gar nicht zu, denn die Zahl der aus Wolhynien, Rumänien und der Karpato-Ukraine umgesiedelten Tschechen und Slowaken betrug weniger als 100.000 Menschen, während annähernd 3,5 Millionen Sudetendeutsche ihre Heimat verlassen mußten.

Allerdings wurden aus den von der Sowjetunion annektierten ostpolnischen Gebieten etwa 1,5 Millionen Polen nach Westen abgeschoben; dafür aber siedelte Polen ca. 500.000 Ukrainer und Weißrussen aus, hatte also nur etwa 1 Million Menschen neu in sein Staatsgebiet aufzunehmen.

2.) Die Theorie von der angeblichen Kollektivschuld der Deutschen. Sie besagt bis heute, daß Deutschland durch sein Verhalten in Polen und in der Tschechoslowakei während der Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg sich gegenüber diesen Völkern derart versündigt habe, daß der Verlust seiner Ostgebiete als gerechte Strafe erscheint.

3.) Für die polnische Argumentation gilt zudem noch die Theorie von der ethnischen Zugehörigkeit der deutschen Ostgebiete zu Polen. Danach habe es sich um ursprünglich "urpolnisches" Land gehandelt, daß man nach Jahrhunderten rücksichtsloser Germanisierung dem Mutterland "wiedergewonnen" habe. Schon 1945 habe es nämlich in diesen Gebieten Millionen Menschen polnischer Gesinnung gegeben; damit seien die Ansprüche Polens auf diese Gebiete hinreichend begründet.

4.) Einige Zeit wurde die These aufgestellt, die Vertreibung der Deutschen stelle eine logische, wenn auch gewaltsam beschleunigte Konsequenz der seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu beobachtenden Abwanderung deutscher Bevölkerung aus Ostmitteleuropa nach Westdeutschland dar, während Polen und Tschechen natürlicherweise in die von Deutschen verlassenen Räume nachgerückt seien. Die Vertreibung habe insofern nur das zeitlich vorweggenommen, was in 50 bis 100 Jahren ohnehin erfolgt wäre. ...

5.) Schließlich wird die Ausweisung der Deutschen - besonders von tschechischer Seite - mit dem Argument gerechtfertigt, daß man sich ein für allemal einer potentiellen Irredenta (einer politischen Bewegung, die den staatlichen Anschluß abgetrennter Gebiete an das Mutterland erstrebt) habe entledigen und deshalb die Nationalitäten "entflechten" müssen.

Tatsächlich aber handelte es sich bei der Vertreibung der Deutschen, wie sie zuerst von exiltschechischer Seite schon im Winter 1941/42 gefordert und im Laufe des Krieges von den alliierten Mächten akzeptiert wurde, nach den treffenden Worten von Gotthold Rhode "nur (um) die übersteigerte Fortsetzung der Vertreibung aus nationaler Intoleranz und der Nationalstaatsidee, wobei (wie im Falle der Tschechoslowakei) historische Grenzen, die nie nationale Grenzen gewesen waren, oder rein machtmäßig festgesetzte Grenzen wie die Oder-Neiße-Linie (im Falle Polens) in Zukunft nationale Scheidelinien bilden sollten."

Polnische und tschechische Kommunisten haben sich im übrigen die Forderungen der von ihnen ansonsten bekämpften Nationalisten sogleich zu eigen gemacht, als sie die Regierungsgewalt in den ihrer Verwaltung übergebenen Gebieten übernahmen. Daß Stalin der Vertreibung der Deutschen zustimmte, während die Sowjetunion sonst keine Bevölkerungsgruppen - man denke an die Krimtataren und an die Wolgadeutschen - aus ihrem Machtbereich entließ, findet seine einzig überzeugende Erklärung in der Erwartung, die "Millionen bettelarmer Vertriebener, die nach Mittel- und Westdeutschland einströmten, würden dort ein solches Element der Unruhe und Unzufriedenheit darstellen, daß über sie die Sowjetisierung ganz Deutschlands erreicht werden könne" (Rhode). ...

Die Vertreibung war und bleibt ein Unrecht, dem mehr als zwei Millionen Menschen auf deutscher Seite zum Opfer fielen. Mit Flucht und Vertreibung, die alles andere als in "geordneter und humaner Weise" vor sich ging, wie sie das Potsdamer Abkommen vorgesehen und angeordnet hatte, ging rund ein Viertel des deutschen Reichsgebiets von 1937 verloren. Von den etwa 16 Millionen Deutschen im Osten – wobei die Rußlanddeutschen nicht mitgerechnet sind – ist dabei mehr als ein Fünftel ums Leben gekommen; das ist ein Mehrfaches der Kriegsverluste der übrigen deutschen Bevölkerung.

Stalins Hoffnung, mit Hilfe der deutschen Vertriebenen ganz Deutschland revolutionieren zu können, hat sich bekanntlich nicht erfüllt, und auch die vermeintlichen Nutznießer der "nationalen Entflechtung" durch Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat, die Tschechen und Polen, können sich allen offiziellen Beteuerungen zum Trotz kaum glücklich schätzen. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtet später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x028/33,36-37, x309/88): >>Die westlichen Alliierten waren auf die Ausweisung von 2 bis 4 Millionen Reichsdeutschen vorbereitet, niemals aber auf die Vertreibung von über 9 Millionen aus Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburg und ganz Schlesien. Der entscheidende Fehler lag also darin, daß das Prinzip der Bevölkerungsumsiedlung zu weit ausgedehnt wurde. Damit war nicht mehr die Rede von der notwendigen Umsiedlung deutscher Minderheiten dorthin, woher sie gekommen waren, wie es bei den Befürwortern der Umsiedlung oft hieß.

Die Deutschen in Ostpreußen stellten in keiner Beziehung eine Minderheit dar, und ihre Vorfahren lebten schon Jahrhunderte in Ostpreußen, ehe die Engländer Nordamerika kolonisierten. Der Vorschlag, die Ostpreußen sollten an den Rhein zurückgeschickt werden, hätte ei-

gentlich für Roosevelt und Eden so unsinnig klingen müssen wie der absurde Vorschlag, die Amerikaner wieder nach Großbritannien oder die Briten nach Dänemark und Niedersachsen zurückzuschicken. ...<<

>>... Wenn es auch zutrifft, daß die westlichen Alliierten an eine ganz andere, die Betroffenen möglichst schonende Art der Ausweisung gedacht hatten, so spielte doch der Wunsch eine Rolle, die Deutschen für das Elend, das sie mit dem Krieg über die Welt gebracht hatten, kollektiv zu bestrafen. Man war bereit, die Entfernung von Millionen Deutschen aus dem Osten zu gestatten und einen Teil des Landes den Polen und Tschechen als Entschädigung für ihre Leiden unter nationalsozialistischer Besatzung anzubieten.

... Als sich der europäische Konflikt zum "totalen Krieg" auswuchs, wurde der deutsche Feind immer mehr mit Hitler identifiziert, die Rache über das ganze deutsche Volk heraufbeschworen. Phantasievolle Vorstellungen, etwa, daß Militarismus und Nihilismus (völlige Verneinung aller Normen und Werte) dem deutschen Wesen angeboren seien, tauchten auf und wurden von Persönlichkeiten der entscheidenden Gremien sogar übernommen. ...

So entwickelte sich aus dem natürlichen Haß gegen den Feind eine intensive und alles beherrschende Germanophobie, die keinen Unterschied zwischen Nationalsozialisten und Nicht-Nationalsozialisten in Deutschland machte, keinen zwischen den Schuldigen und Schuldlosen. Die Umsiedlung von Millionen Deutschen als Form kollektiver Bestrafung schien in der Stimmung des totalen Krieges durchaus berechtigt.

Hitler selbst hatte bereits mehrere Beispiele gegeben, wie z.B. die Deportierung von ca. 100.000 Elsässern nach Vichy-Frankreich und von mehr als einer Million Polen aus den annektierten Woiwodschaften Posen und Pommerellen in das sogenannte "Generalgouvernement Polen". ...

Der deutsche "Drang nach Osten", der jahrhundertlang von Deutschlands östlichen Nachbarn teils gefördert, teils bekämpft wurde, wich dem wiederauflebenden alten slawischen "Drang nach Westen", der jetzt von der siegreichen Roten Armee unterstützt und manchmal von den westlichen Mächten gutgeheißen wurde.

Natürlich stand für die Vereinigten Staaten und Großbritannien kein historisches Interesse auf dem Spiel, als sie den Stoß der Slawen nach Westen förderten. Es war nur die unbeschreibliche Unmenschlichkeit von Hitlers Regime, die Roosevelt und Churchill moralisch stumpf machte gegen das, was Millionen Deutschen im Osten zustoßen sollte.

Der Geruch von Bergen-Belsen und Buchenwald lag in der Luft, und viele westliche Politiker waren von dem Gefühl beherrscht, die Deutschen hätten bei weitem noch nicht genug gelitten, obwohl Deutschland in Trümmern lag und 4,3 Millionen deutsche Soldaten gefallen waren (die USA hatten 229.000 Mann Verluste): Die Deutschen konnten das unendliche Leiden, das durch eine unglückselige Politik verursacht wurde, nicht wiedergutmachen. ...<<

>>... Der Zweite Weltkrieg gab den Anlaß und die Möglichkeit der Vertreibung, war aber nicht ihre Ursache. Wesentliche Ursachen dieses weltweit beispiellosen Geschehens waren vielmehr bewußte, vielfach von langer Hand herbeigeführte politische Entscheidungen.

Dies belegen Dokumente und offene Bekenntnisse der verantwortlichen tschechischen, polnischen und sowjetischen Politiker. Zu den weiteren Ursachen gehören die geopolitischen Ambitionen Stalins und der Wille der Westalliierten, Deutschland nachhaltig zu schwächen. Entsprechende Bestrebungen tschechischer und polnischer Politiker reichen nachweislich viele Jahrzehnte vor den Beginn des Zweiten Weltkriegs und die Machtergreifung Hitlers zurück.

Somit darf die Vertreibung nicht allein aus der Perspektive des 1. September 1939 betrachtet werden. Auch der dynamische slawische Nationalismus des 19. Jahrhunderts und die Beschlüsse der Verträge von Versailles, St. Germain und Trianon von 1919 müssen als Ursachen mitberücksichtigt werden.<<

Der deutsche Historiker Günther Stökl (1916-1998) schreibt später in seinem Buch "Osteuro-

pa und die Deutschen" über die Vertreibungsgründe in Ost-Mitteleuropa (x035/331-332):

>>Dort, wo Hitler den Krieg begonnen hatte, waren ... die Folgen der Niederlage am verheerendsten. Denn hier traf der Verlust die Substanz, hier mußten Gebiete aufgegeben werden, deren Zugehörigkeit zu Deutschland noch am Ende des Ersten Weltkrieges von den Siegern nicht angezweifelt worden war.

Gewiß war dies auch Vergeltung, und gewiß waren von den polnischen Politikern schon während des Krieges Annexionen an der Westgrenze erwogen worden: das historische Argument, Schlesien sei einst im Mittelalter ein polnisches Land und Pommern zumindest ein slawisches Land gewesen, war ja immer zur Hand. Aber das Ausmaß der Annexion wird nicht allein durch polnische Vergeltungssucht und historisch verbrämte Landgier erklärt, sondern vor allem durch das politische Interesse der Sowjetunion.

Diese ergriff die Gelegenheit, ihrerseits historische Ziele zu erreichen, die Konzessionen des Friedens von Riga aufzuheben und Ostpolen bis zur Curzon-Linie zu annektieren. Die weißrussische und ukrainische Bevölkerungsmehrheit sollte mit der Weißrussischen und der Ukrainischen Sowjetrepublik "wiedervereinigt", die mehrere Millionen zählende polnische Minderheit sollte über die Curzon-Linie nach Westen abgeschoben werden. Die Polen, immerhin Befreite und Verbündete, waren auf Kompensationen im Westen verwiesen. ...<<

Der deutsche Historiker Martin Broszat (1926-1989) schreibt später über die Hintergründe der Vertreibung (x025/115): >>Was zunächst vordergründig als rigorose Neuordnung des nationalen Verhältnisses erschien, ... war im Grunde weniger ein Akt souveräner polnischer Politik als ein Akt übergeordneter großräumiger sowjetischer Strategie in der östlichen Hälfte Europas.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil erläutert später einige Gründe, warum die Deutschen ihre Siedlungsgebiete in Ost-Mitteleuropa verlassen mußten (x025/184, x160/8):

>>1945 war dann das Jahr der Ernte, die Sternstunde des polnischen Nationalismus. Die Planeten standen so günstig wie seit Jahrhunderten nicht mehr: Die Konjunktion der anglo-amerikanischen Bestrafungstheologie mit der sowjetischen Hegemonialstrategie am Ende der "unvermeidlichen deutschen Katastrophe" brachte den Spielern den erhofften "höchsten Gewinn", die größte Expansion des polnischen Siedlungsgebietes in der Geschichte; obendrein konnte sich der historische polnische Chauvinismus im Gewand der Kompensations- und Kollektivschuldtheorie in fashionablen westlichen Gesellschaftskreisen sehen lassen.

Und es bestätigte sich wieder einmal die Erfahrung, daß Propaganda weniger von der Kraft ihrer Argumente als von der Unwissenheit ihrer Adressaten lebt. ...<<

>>... Die offizielle Propaganda freilich hat die polnischen Annexionen und Vertreibungen als reine Reaktion auf Hitler dargestellt und wurde sogar von etlichen westlichen Historikern ungeprüft übernommen.

Zutreffend schreibt dagegen der unvergessene Prof. Andreas Hillgruber, einer der Großen der bundesdeutschen Geschichtsschreibung: "Die Komplexität des Geschehens wurde auf unzulässige Weise ausschließlich - fast monokausal - als sachlogische Konsequenz der hybriden Ziele der Hitlerschen Expansionspolitik ... interpretiert, ohne daß die davon unabhängigen Ziele der östlichen und westlichen Gegenmächte viel untersucht wurden. Dabei war das generische Konzept nicht nur eine Reaktion auf die nationalistische Herausforderung; es entsprach vielmehr lange herkommenden Vorstellungen, die im Kriege nur zum Durchbruch kamen."

Im Zuge einer verstärkten Rückbesinnung auf die Menschenrechte hat man in den Vereinigten Staaten, in Australien und in Neuseeland neuerdings damit begonnen, die Geschichtsbücher von zweifelhaften Pionierlegenden zu befreien und den fürchterlich dezimierten Indianern, Aborigines und Maoris moralische Rehabilitierung und historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen – obwohl kein Weißer daran denkt, wieder in die alte Welt nach Europa zurückzu-

kehren.

Warum sollte es nicht auch in Europa möglich sein, eine legendenfreie Geschichte im Geist der Menschenrechte und der historischen Wahrhaftigkeit zu schreiben? ...<<

Ludwig Martin (1909-2010, Generalbundesanwalt a.D., Ehrenvorsitzender der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte e.V.) bemerkt später im Vorwort des Buches "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" (x025/I-V): >>... Geschichtliche Wahrheit ist nicht teilbar: Verbrechen gegen die Menschlichkeit, zumal solche, die den Umfang und das Gewicht eines Völkermordes annehmen, bleiben Verbrechen, gleichviel, von wem sie begangen werden und wer die Verantwortung dafür zu tragen hat.

Es geht nicht an, die marxistisch-leninistische Unterscheidung zwischen "gerechten" und "ungerechten" Kriegen auf die im Krieg, bei Kriegsende und nach dem Krieg an der Zivilbevölkerung begangenen Verbrechen zu übertragen und je nach der Zuordnung der Tätergruppe zu einem "sozialistischen" oder "imperialistischen" Regime zwischen verdammenswerten und entschuldbaren Menschenrechtsverletzungen zu differenzieren.

Die jüngste Vergangenheit und die Gegenwart ist voll von Beispielen, daß auch in unserer hochentwickelten Zivilisation unter bestimmten politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen Menschen jedweder Herkunft, Rasse und Nationalität zu Untaten fähig sind, die sie unter normalen Verhältnissen nie begehen würden. Man denke nur an die Völkermorde in Kambodscha und Afghanistan und an die Massaker im Libanon ...

Vor Jahren stellte ich in Jerusalem einem angesehenen jüdischen Juristen und Publizisten die Frage, ob er glaube, daß zu der Massenvernichtung im "Dritten Reich" nur Deutsche fähig gewesen seien, oder ob er es für denkbar halte, daß Gleiches unter der Zwangsherrschaft eines "Hitler" und den dadurch geschaffenen politischen und massenpsychologischen Bedingungen auch in anderen Ländern hätte geschehen können. Nach kurzer Besinnung bejahte der Gefragte das letztere.

Gleichwohl mag man es hinnehmen und sogar als Gebot der Gerechtigkeit ansehen, daß das deutsche Volk während der im "Dritten Reich" von Deutschen an Juden, Angehörigen anderer Minderheiten und politischen und weltanschaulichen Gegnern begangenen Massenmorde auch nach fast vier Jahrzehnten immer und immer wieder auf die Anklagebank gesetzt und verurteilt wird.

Schwer verständlich und durch nichts zu rechtfertigen ist es aber, daß die im Krieg und vor allem bei Kriegsende und nach dem Krieg von fremden Truppen, Widerstandskämpfern und fanatisiertem Mob an Millionen Deutschen verübten Morde und sonstigen Gewaltverbrechen auch heute noch totgeschwiegen und geleugnet oder mit dem Hinweis entschuldigt werden, daß "die Deutschen" es angesichts der auf ihnen lastenden Blutschuld nicht anders verdient hätten. ...

1. Opfer der "Vertreibungsverbrechen" waren nicht nur NS-Funktionäre, Parteigenossen und ihre Sympathisanten, sondern die Deutschen schlechthin, weil man sie mit den Nazis identifizierte und zu Untermenschen bzw. Nicht-Menschen abqualifizierte, wie etwa Ilja Ehrenburg. Damit erklärte man sie in ähnlicher Weise für vogelfrei, wie dies die Nazis hinsichtlich der Juden getan hatten.

Bei der Verbrechenhäufung handelte es sich nicht um das zufällige Ineinanderlaufen unzähliger Einzelaktionen blindwütig gewordener Soldaten oder Zivilisten, sondern um ein von führenden Kreisen der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten – mit Billigung der USA und Großbritannien – "wohlvorbereitetes System zur Dezimierung und Vertreibung der Deutschen" aus den Ostgebieten, um "eine neuartige Form staatlich gelenkter Liquidationspolitik" (Zitat des Autors aus Jürgen Thorwald: Die große Flucht, München/Zürich 1979. Seite 91), um die gewollte Folge der von höchsten Stellen ausgegebenen Appelle an Haß, Rachsucht und Tötungsinstinkte. ...

Sehr zu Recht stellt der englische Philosoph Bertrand Russell die Frage, ob Massenvertreibungen nur dann Verbrechen seien, wenn sie "von unseren Feinden während des Krieges vorgenommen werden", dagegen gerechte Mittel für die gesellschaftliche Neuordnung, wenn "unsere Verbündeten sie in Friedenszeiten durchführen". ...

Eine schonungslose Offenlegung finsterner Kapitel der Menschheitsgeschichte ohne Rücksicht auf die Nationalität der für diese Tragödien Verantwortlichen ist ein Gebot der Wahrheit und der Gerechtigkeit; sie allein kann Grundlage gegenseitigen Verzeihens und echter Verständigung sein. Man kann nicht, wie es in Nürnberg geschehen ist, Deutsche durch die Repräsentanten von Mächten aburteilen lassen, die selbst gleiche Verbrechen angeordnet oder geduldet haben, wie sie dem deutschen Volke vorgeworfen werden.

Es verstieße gegen seine Würde und sein Selbstverständnis, wenn sich das deutsche Volk widerspruchslos auf Generationen hinaus mit der ihm zugedachten Bűßerrolle abfinden und zu all dem schweigen würde, was ihm von den Siegern an Furchtbarem angetan worden ist. Eine Besinnung hierauf - fernab von Rache- und Vergeltungsgefühlen - schulden wir Deutschen auch den Millionen der unschuldigen Opfer der Vertreibungsverbrechen, die stellvertretend für das deutsche Volk Unsägliches erduldet haben. ...

Der tschechische Staatspräsident Eduard Benesch soll die Vernichtung der sudetendeutschen Volksgruppe nach dem Krieg mit den Worten begründet haben: "Unsere Deutschen ... haben den Staat verraten, die Demokratie verraten, uns verraten, die Menschlichkeit verraten und die Menschheit verraten. ...

In Abwandlung dieser Anklage kann man die von sowjetrussischen Soldaten, von Polen, Tschechen und Jugoslawen gegenüber Deutschen begangenen Vertreibungsverbrechen mit dem Satz überschreiben. Die Initiatoren und Täter dieser Verbrechen haben die Menschlichkeit und die Menschheit verraten.

Das muß vor der Geschichte klargestellt werden.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch ("Nicht Rache, nicht Vergeltung ...") über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x024/13-14):

>>Die Solidarität, das Mitgefühl mit den Opfern der Vertreibung, den Toten, den Verletzten, den Entehrten, den Folgegeschädigten ist heute unter uns Deutschen gering oder so gut wie nicht mehr vorhanden. ... Aber die vielen Opfer dieser grausamen Zeit von Flucht und Vertreibung dürfen nicht vergessen werden - ebenso wie alle anderen Opfer des Krieges.

Wenn ihr Tod, ihr Leiden einen Sinn erhalten und behalten soll, dann muß die Erinnerung daran Ansporn zu Verständigung und Versöhnung, zur Bewahrung und zum Bau eines wirklichen Friedens sein. Die Erinnerung an das Vergangene soll zwischen den Völkern nicht alte Narben und Wunden aufreißen. Aber die wirkliche Geschichte, die Wahrheit muß genannt werden. ...

Gerade heute, da nunmehr im Osten und bei uns neue Generationen herangewachsen sind, die vieles, was die Älteren erleben mußten, gar nicht mehr wissen und begreifen können, ist eine saubere, faire Aufarbeitung dieser zeitgeschichtlichen Abläufe auch zur Beurteilung politischer Vorgänge der Gegenwart erforderlich. ...<<

Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schreibt später über die letzten Umsiedlungen der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x294/102-103):

>>... Im Februar 1946 ... begann der große Abtransport der Deutschen aus Polen. Sie kamen in die britische und die sowjetische Zone. Die Aktion wurde mehrmals unterbrochen, weil die Transportmittel nicht ausreichten, weil die Deutschen als Arbeitskraft in der Erntezeit gebraucht wurden, weil die Behörden in beiden Zonen sich gegen die Aufnahme kranker und arbeitsunfähiger Menschen sperrten, weil die Transporte - besonders im Winter 1946/47 - unzureichend versorgt waren, was in einigen Zügen zu Dutzenden von Todesfällen führte.

Im Spätherbst verebbte die große Welle der Zwangsumsiedlung. In den kommenden Jahren stellte sich viel öfter das umgekehrte Problem: Viele (besonders Frauen, deren Männer im Westen waren) wollten gehen, der Staat ließ sie nicht oder ließ sich zumindest lange bitten.

Für die 1948 bis 1950 vorgenommenen, zahlenmäßig geringen Umsiedlungen, deren Summe nur einen Bruchteil jener von 1946 bis 1947 erreichte (erfaßt wurden knapp 140.000 Personen), wäre schon der Begriff der Zwangsaussiedlung, geschweige denn der Vertreibung, irreführend. Bereits in diesen Jahren dürfte die Zahl der freiwillig Ausreisenden – die in Polen schlicht nicht bleiben wollten – größer gewesen sein als der der Ausgesiedelten. ...

Blickt man auf den gesamten Zeitraum von 1945 bis 1950 zurück, in dem etwa 3,5 Millionen Deutsche Polen verlassen mußten, fallen vor allem drei Umstände auf. Erstens die extrem unterschiedlichen Lebensbedingungen der Deutschen: Das meiste Leid erlitten jene, die in die Lager kamen (wobei die Unterschiede zwischen den einzelnen Lagern ebenfalls beachtlich waren). Unter den weniger als 200.000 Toten unter polnischer Herrschaft dürften gerade die Lagerinsassen die Mehrheit ausgemacht haben.

Die meisten verloren nach und nach den ganzen oder fast den ganzen Besitz. Zehntausende leisteten innerhalb und außerhalb der Lager Zwangsarbeit, ebenfalls unter unterschiedlichen Bedingungen. Zehntausende arbeiteten in polnischen Betrieben, ohne Zwangsarbeiter zu sein, ein Teil davon als unentbehrliche Fachleute, die vor dem polizeilichen Zugriff offiziell geschützt und entsprechend entlohnt wurden. ...<<